

MEDIENKONFERENZ VOM 18.10.2011

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Sekretariatsleiter

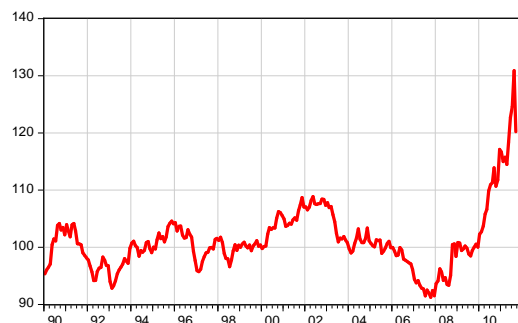
Nach wie vor stark überbewerteter Franken

Massnahmen, um Lohndruck und Arbeitsplatzverluste zu verhindern

Trotz Untergrenze von 1.20 Fr./Euro: Noch immer stark überbewerteter Franken

Die am 6. September von der Nationalbank SNB eingeführte Untergrenze hat sich wie erwartet durchgesetzt. Der Franken/Euro-Kurs bewegt sich seither mit etwas Abstand zu dieser Grenze. Doch trotz der Untergrenze ist der Franken nach wie vor stark überbewertet. Nimmt man Deutschland als Referenz, beträgt die Überbewertung deutlich mehr als 20 Prozent. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz und das bedeutendste Herkunftsland von Touristen, und ein grosser Teil der internationalen Konkurrenten der Schweizer Exportindustrie befindet sich in Deutschland. Nach Berücksichtigung der unterschiedlichen Teuerung schwankte der (reale) Wechselkurs Schweiz/Deutschland bis Ende 2009 um einen relativ konstanten Wert. Ende 2009 lag der Franken-/Euro-Kurs bei 1.50 Fr./€. Seither war die Teuerung in Deutschland etwas stärker als in der Schweiz. Der „faire“ Franken-Kurs dürfte deshalb zwischen 1.45 und 1.50 Franken/Euro liegen. Vorübergehend wäre ein Wechselkurs von 1.40 Fr./Euro tragbar, ohne dass Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze entsteht. Ist der Franken aber noch stärker, werden die Schweizer Arbeitnehmenden darunter leiden.

Realer Aussenwert des Frankens gegenüber Deutschland (1999=100)



Erfolgreiche Verteidigung der Untergrenze

Die SNB hat die Untergrenze bisher sehr erfolgreich durchsetzen können. Sie dürfte kaum Devisenkäufe zur Verteidigung der Untergrenze getätigt haben, wie die Zahlen zu den Devisenbeständen der SNB vom September zeigen. Das überrascht nicht.

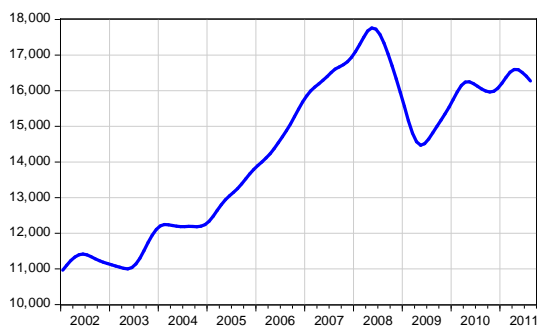
- Die SNB ist die Herrin über den Franken und kann theoretisch unendlich viele Franken auf den Markt werfen. Kein Wechselkurspekulant kann es mit ihr aufnehmen. Das wirkt abschreckend.
- Zweitens helfen ihr Arbitragemöglichkeiten der Marktteilnehmer, die den Franken schwächen. Wegen der Untergrenze ist es beispielsweise möglich, mit sehr geringem Wechselkursrisiko einen Kredit in Franken aufzunehmen und ihn in Euro anzulegen, um von den Zinsdifferenzen zu profitieren (Carry-trade). Die Zinsdifferenz zwischen dem Franken und dem Euro betragen rund 1.7 Prozent (auf ein Jahr). Solange die Untergrenze glaubwürdig ist, dürfte der Franken/Euro-Kurs um mindestens diesen Prozentsatz über der Grenze liegen.

Immer mehr negative Folgen der Frankenüberbewertung

Die negativen Folgen des überwerteten Franken werden immer mehr sichtbar. Die Warenexporte und die Logiernächtezahlen ausländischer Gäste sinken. Die Pensionskassen dürften rund 20 bis 30 Mrd. Fr. Buchverluste erlitten haben. Weitere Beispiele: Viele Firmen kaufen vermehrt im Ausland ein, worunter ihre inländischen Zulieferer leiden. Der Einkaufstourismus im Detailhandel nimmt zu. Occasionsautos wurden rund 10 Prozent billiger, was das Budget von Haushalten, die ihr Fahrzeug auf Kredit gekauft haben, belastet usw. Dazu kommt eine Abkühlung der Weltkonjunktur. In der Euro-Zone dürfte das BIP bereits stagnieren, wenn die Einkaufsmanagerindizes ein korrektes Bild der Lage geben.

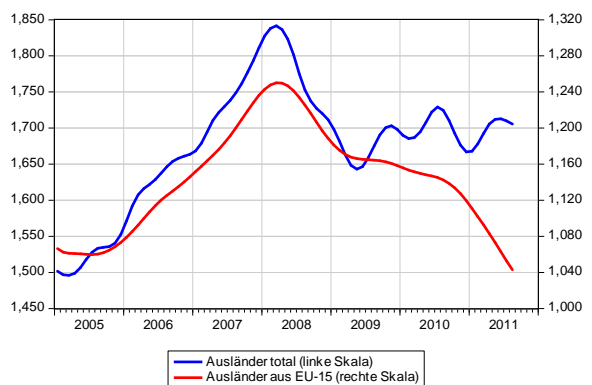
Warenexporte

(Mio. Fr.; saison-, zufalls- und arbeitstagsbereinigt)



Logiernächte in der Schweiz

(saison- und zufallsbereinigt)



Die Aussichten für die Schweizer Exportwirtschaft haben sich dementsprechend nochmals verschlechtert. Die Industriebetriebe erwarten einen tieferen Bestellungseingang. Auch im Tourismus dürfte die Situation noch schwieriger werden. Gesamtschweizerisch wirkt die Inlandkonjunktur noch stabilisierend. Doch wenn die Kaufkraft wegen einer höheren Arbeitslosigkeit oder nur schwach steigenden Löhnen zurückgeht, kommen Konsum und Bau trotz tiefen Zinsen unter Druck. Eine Rezession ist dann nicht zu verhindern.

Mehr Dumping: Flankierende zu den Bilateralen bei 1.20 Fr./Euro zu wenig scharf

Löhne und Arbeitsplätze sind unter Druck. Zahlreiche Arbeitgeber¹ haben beispielsweise die Löhne ihrer Belegschaften gesenkt – namentlich die Löhne der Grenzgänger. Das ist unzulässig, weil dadurch das Unternehmerrisiko auf die Arbeitnehmer überwältigt wird und weil Ausländern und Inländern verschiedene Löhne bezahlt werden, was mit dem Freizügigkeitsabkommen unvereinbar ist. Die Behauptung, dass dadurch Arbeitsplätze erhalten werden können, ist in schwerem Mass irreführend. Wenn Firmen „billigere Ausländer“ einstellen können, werden „teurere Inländer“ ihre Stellen verlieren. Die Folge: Mehr Arbeitslose und tiefere Löhne.

Einem besonderen Risiko von Lohndruck ausgesetzt sind Neuanstellungen. Hier können Arbeitgeber tiefere Löhne durchzusetzen versuchen, ohne dass sie bestehende Arbeitsverträge kündigen müssen.

Vermeehrt Probleme gibt es wegen dem starken Franken auch mit ausländischen Endsendefirmen (z.B. Schreiner). Die Lohndifferenz zur Schweiz hat sich erhöht. Zudem beschaffen diese ihr Material (Küchen, Parkett oder Fenster) zu deutlich tieferen Preisen. Die Bussen wegen Lohndumping sind oft tiefer als der Profit aus der Preisdifferenz beim Material, so dass auch bei einer allfälligen Busse beim Einsatz noch immer ein Gewinn heraus schauen kann.

Die Flankierenden Massnahmen sind so eingerichtet, dass sie bei einem „fairen“ Frankenkurs wirken. Bei einem um 20 Prozent überbewerteten Franken sind sie hingegen zu wenig scharf. Der Lohndruck hat stark zugenommen.

In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Das verlangen die Flankierenden Massnahmen und die Personenfreizügigkeit. Bund und Kantone sind müssen dieses Prinzip durchsetzen - mit einer Verschärfung der Flankierenden Massnahmen.

Löhne und Arbeitsplätze schützen: Die notwendigen Massnahmen

Das Problem des überbewerteten Frankens muss an der Wurzel gepackt werden. Damit die Löhne und Arbeitsplätze geschützt sind, braucht es einen Franken/Euro-Kurs von mindestens 1.40.

- Die SNB muss ihre Untergrenze erhöhen. So lange gegenüber dem Euro eine beträchtliche Zinsdifferenz besteht, könnten diese 1.40 auch mit einer expliziten Untergrenze der SNB von etwas unter 1.40 Fr./Euro erreicht werden.
- Bei starken Verwerfungen auf den Finanzmärkten ist eine Flucht in den Franken nicht auszuschliessen. Für diesen Fall müssen SNB und Bund ergänzend Kapitalverkehrskontrollen einführen bzw. die freie Handelbarkeit des Frankens einschränken.
- Die Flankierenden Massnahmen müssen verschärft werden, dass die Löhne in jedem Fall geschützt sind:
 - 50 Prozent der Neueinstellungen und der Entsendefirmen müssen kontrolliert werden. Der Bund muss dafür im Paket gegen die Frankenstärke für 2012 die notwendigen Mittel dafür beschliessen.

¹ Die SGB-Liste mit Firmen, die Arbeitszeiten erhöht oder Löhne gesenkt haben, umfasst bald 100 Unternehmen. Ohne gewerkschaftliche Interventionen wären es noch viel mehr.

- Wird Dumping aufgedeckt, müssen Bund und Kantone Mindestlöhne erlassen, die die Schweizer Löhne schützen. Das Volkswirtschaftsdepartement ist dafür verantwortlich, dass dieser gesetzliche Auftrag bei Bund und Kantonen ausgeführt wird. Tut es das nicht, ist es am Lohndruck mitschuldig.
- Die Bussen müssen verschärft werden, damit sich Lohndumping nicht lohnt (höhere Bussen, Solidarhaftung).
- Der Bundesrat muss die maximale Dauer der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate verlängern, um Entlassungen zu verhindern.
- Der Bundesrat muss rasch ein zweites Paket gegen die Frankenstärke vorlegen. Neben einem Zusatzbeitrag für mehr Lohnkontrollen muss es u.a. Massnahmen gegen Renteneinbussen bei der 2. Säule (bei Entlassungen oder Liquidationen) enthalten.
- Auch kleine und mittlere Firmen müssen sich gegen Wechselkursschwankungen absichern können. Die Kantonalbanken und die Exportrisikoversicherung müssen entsprechende Möglichkeiten anbieten.